

10. August 2005

## **Bootshaus St. Alban ist gestrichen**

### **Polizeiboot soll weiter am Dampfersteg in Dießen liegen**

Von unserem Redaktionsmitglied Stephanie Millonig Dießen

Für das Polizeiboot auf dem Ammersee wird kein Bootshaus gebaut. Gestern fiel in München die Entscheidung, dass am Dampfersteg der Seenschifffahrt in Dießen ein fester Liegeplatz eingerichtet werden soll. Für Bürgermeister Herbert Kirsch ist damit ein Kompromiss getroffen, „mit dem alle leben können“. <zz-ressort> siehe Bayern

Der Gemeindechef findet es positiv, dass der Freistaat „ernst macht bei der Suche nach Sparmöglichkeiten“. Kirsch hofft, dass jetzt Ruhe in der Sache einkehren wird. Für das Bootshaus, das nun nicht gebaut wird, waren 330 000 Euro an Kosten angesetzt gewesen. Das alte Bootshaus der Polizei in St. Alban kann wegen mangelnden Tiefgangs für das neue Boot nicht mehr genutzt werden.

Das Polizeipräsidium hatte für den Bau eines neuen Bootshauses mit der Bedeutung der Wasserschutzpolizei bei der Seenotrettung bei Orkan und der Schonung des neuen Bootes vor Verwitterung argumentiert. „Schade für das Boot und schade für die Wasserschutzpolizei“, ist so auch die erste Reaktion von deren Leiter Manfred Ernst. Konkret kann Ernst dazu noch nicht viel sagen, er erfuhr erst durch die LT-Nachfrage von der Entscheidung. Er wisse noch nicht, wie der Liegeplatz ausgestattet werden solle und er wisse noch nicht, wo das zweite Boot untergebracht werden solle. Es handelt sich um ein etwa vier Meter langes Boot mit Außenbordmotor für Einsätze im Uferbereich, das noch im alten Bootshaus lagert. Das alte Bootshaus soll jedoch abgerissen werden. „Die Vernunft hat gesiegt“, kommentiert dagegen Dr. Wolfgang Salzmann von der Interessengemeinschaft Malerwinkel die Entscheidung. Er sei dankbar, dass übergeordnete Stellen Fehlentscheidungen untergeordneter Behörden korrigiert hätten. Es dürfe nicht sein, dass in diesen finanzschwachen Zeiten unvernünftige Entscheidungen getroffen würden.

Die Gegner hatten die Notwendigkeit eines Bootshauses bezweifelt und in ihrem Schreiben an die Staatskanzlei auf die Praxis im Bereich der Küstengewässer verwiesen. „Alle haben zusammengeholfen“ Peter Ostermeier von der Agenda 21 ist hocherfreut über das Ergebnis, „das Maximale, was wir erreichen konnten“. Er hält es auch für wichtig, dass alle zusammengeholfen haben aktiv waren neben Agenda und IG Malerwinkel auch der Bund Naturschutz und der Heimatverein. Man traf sich zu sonntäglichen Protestspaziergängen „und wird sich weiter treffen“. Für Ostermeier ein Zeichen, dass durch Bürgerbeteiligung auch etwas bewegt werden „und, wenn etwas schief läuft, korrigiert werden kann“.